

An das Arbeitsgericht Stralsund

Ich
Herr/~~Frau~~ David Goerke

Anschrift: Heinrich-v.-Stephan Straße 55
18435 Stralsund

Tel. 03831 2356 779
-Kläger/in-

erhebe hiermit gegen

Unity Relief Alliance NGO gGmbH
vertreten durch: Thomas Frieze

Anschrift: Heinigstraße 26
67059 Ludwigshafen am Rhein

-Beklagte/r-

Kündigungsschutzklage

und beantrage:

1. Es wird festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien durch die Kündigung vom nicht angegeben nicht beendet ist/wird. (zugestellt am 05.12.2024)
2. Es wird festgestellt, dass das zwischen den Parteien bestehende Arbeitsverhältnis auch nicht durch andere Beendigungstatbestände aufgelöst ist.
3. D. Beklagte/n zu verurteilen, an d. Kläger/in 13.500,00 EUR netto/brutto*
 - ☒ abzüglich bereits gezahlter 2.500,00 EUR
 - ☒ nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz
 - ☐ seit dem _____ (oder) ☒ ab Klagezustellung zu zahlen.

Hinweis:

*Unzutreffendes bitte durchstreichen
Zutreffendes bitte ankreuzen

Begründung:

Auf das Arbeitsverhältnis sind die Rechtsvorschriften des Kündigungsschutzgesetzes anzuwenden. D. Beklagte beschäftigt durchgängig mehr als 10 Vollzeit Arbeitnehmer und mein Arbeitsverhältnis besteht länger als sechs Monate bzw. sind bei d. Beklagten mehr als fünf Vollzeit Arbeitnehmer beschäftigt, die ebenso wie ich bereits vor dem 01.01.2004 dort tätig waren

Ich bin seit dem 01.09.2024 bei d. Beklagten in Stralsund als Katastrophenschutzmanager beschäftigt. Es ist ein Monatsgehalt/Stundenlohn* von 6.000 EUR brutto bei einer regelmäßigen ~~monatlichen~~/wöchentlichen* Arbeitszeit von 20 Stunden vereinbart. (seit 15.10.2024, davor seit dem 01.09.2024 3.000 EUR brutto bei 20 Stunden wöchentl.)

☒ Ein schriftlicher Arbeitsvertrag ist abgeschlossen worden und beigelegt/wird nachgereicht*.

Ich bin geboren am 05.05.1999, bin ledig/~~verheiratet geschieden~~* und habe für ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ Kinder zu sorgen. / keine minderjährigen Kinder*.

Das Arbeitsverhältnis ist mit Schreiben vom nicht angegeben gekündigt worden. Die Kündigung ist mir am 05.12.2024 zugegangen.

☒ Soweit das Arbeitsverhältnis fristlos gekündigt worden ist, bestreite ich das Vorliegen eines wichtigen Grundes, der eine fristlose Kündigung rechtfertigen könnte. Insoweit bestreite ich auch die Einhaltung der Zweiwochenfrist des § 626 Abs. 2 BGB.

Die Kündigung ist unwirksam, weil sie sozial ungerechtfertigt ist. Es liegen weder Gründe in meiner Person, noch in meinem Verhalten, noch dringende betriebliche Erfordernisse vor, die einer Weiterbeschäftigung entgegenstehen. Im Übrigen rüge ich die ordnungsgemäße Durchführung der Sozialauswahl gem. § 1 Abs. 3 KSchG.

☐ Es besteht ein Betriebsrat. Die ordnungsgemäße Beteiligung bzw. Anhörung des Betriebsrates wird mit Nichtwissen bestritten.

☐ Der bestehende Betriebsrat hat der Kündigung fristgerecht widersprochen. Auf den beigelegten Widerspruch, der zum Inhalt der Klageschrift gemacht wird, weise ich hin.

Mit dem Klageantrag zu 2. wird eine selbstständige allgemeine Feststellungsklage gem. § 256 ZPO erhoben. Es sind zurzeit zwar keine weiteren als die angegriffenen Kündigungserklärungen bekannt, es besteht jedoch die Befürchtung, dass im Laufe des Verfahrens weitere - ggf. mündliche - Kündigungserklärungen ausgesprochen werden. Der Klageantrag richtet sich daher auf Feststellung der Nichtbeendigung des Arbeitsverhältnisses durch derartige Erklärungen.

Hinweis:

*Unzutreffendes bitte durchstreichen
Zutreffendes bitte ankreuzen

Mit dem Klageantrag zu 3. wird das mir noch zustehende Arbeitsentgelt für die ordnungsgemäß erbrachte Arbeitsleistung in der Zeit vom 01.09.2024 bis 01.12.2024 von 11.000,00 EUR ~~netto~~/brutto* gefordert.

Stralsund, den 05.12.2024
Ort Datum


Unterschrift Kläger/in

Anlagen: Kopie der Kündigung, Kopie des Arbeitsvertrages, Kopie einer aktuellen Gehaltsabrechnung
ggfs. weitere Angaben zum Sachverhalt auf zusätzlichem Blatt beifügen

Hinweis:

*Unzutreffendes bitte durchstreichen
Zutreffendes bitte ankreuzen